Auszug aus FORVM bei Context XXI

(http://contextxxi.org/vietnam-vergessen.html)

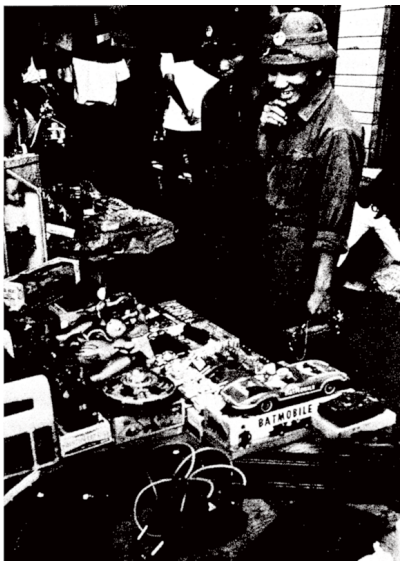
erstellt am: 15. November 2026
Datum dieses Beitrags: September 1976

Vietnam vergessen?

Nach der Wiedervereinigung ein regionales Revolutionszentrum

Eine siegreiche Revolution ist kein Thema. Allenfalls für Gruselgeschichten, wie sie westliche Medien seit zwei Jahren über Kambodscha verbreiten; authentische Quelle: der CIA. Vietnam geht's da etwas besser. Liberale Journalisten wie *Jean Lacouture* waren unlängst dort und haben freundliche Berichte geschrieben. Nur die Linke interessiert sich offenbar nicht mehr — eine im wahrsten Sinne des Wortes gähnende Lücke, in die *Andreas Buro* und *Günter Dill* ihre wohlabgewogenen Analysen setzen (siehe NF Oktober 1975, April 1976).

n ANDREAS BURO ■
GÜNTER DILL



Soldaten der Befreiungsfront

auf einem Flohmarkt in Ho-Tschi-Minh-Stadt (ehem. Saigon)

Mit dem Zusammentreten der neugewählten Nationalversammlung im Juni in Hanoi ist die Wiedervereinigung der beiden Teile Vietnams formal abgeschlossen, wenngleich auch noch eine neue Verfassung verabschiedet werden muß. Die Wiedervereinigung Vietnams und damit die Wiederherstellung der nationalen Souveränität war in allen Teilen der vietnamesischen Bevölkerung niemals umstritten. Sie war vielmehr ein wesentlicher Impuls für den ausdauernden Kampf gegen die kolonialen und neokoloniälen Mächte, die Vietnam ihrer Herrschaft unterworfen hatten.

Wenn die Befreiungsbewegung immer wieder die Unverzichtbarkeit der nationalen Einheit hervorgehoben hatte, dann keineswegs aus nationalistisch-chauvinistischen Motiven, sondern weil darin die Conditio sine qua non für die Überwindung von Abhängigkeit und damit eine zentrale Voraussetzung für Entwicklung gesehen wurde. Deshalb entbehrt die oft aufgestellte Behauptung, der Norden schlucke nun den Süden, jeder Grundlage — und zwar nicht nur, weil durch die Wiedervereinigung nur die Staatseinheit wiederhergestellt wird, die *Ho Tschi Minh* 1945 nach der Niederlage der Japaner unter Zustimmung der Bevölkerung ausgerufen und in anschließenden Wahlen hatte bestätigen lassen, sondern auch weil die Wiedervereinigung zunächst für den Norden die Fortsetzung der großen Hilfsanstrengungen bedeutet, die schon dem Guerillakrieg gegen die USA den Rückhalt gaben.

Städte sind unproduktiv

Die Lage des Südens ist in zweifacher Hinsicht problematisch: Das Land ist vom Krieg zerstört, die soziokulturellen Orientierungen sind weitgehend zerrissen, die Städte zu riesigen unproduktiven parasitären Gebilden angeschwollen. Die Wirtschaft des Südens war auf das Ausland ausgerichtet, auf den Zufluß amerikanischer Gelder und auf die Belieferung mit westlichen Rohstoffen, Produktionsmitteln usw. Durch den Ausfall dieser Lieferungen, durch die amerikanische Wirtschaftsblockade und die Verweigerung von Reparationszahlungen kann nur der Teil der Produktionsstätten weiterarbeiten, dem eine Umstellung auf einheimische Rohstoffe und Vorprodukte möglich ist. Das bedeutet, daß der Norden nach wie vor beträchtliche Hilfen leisten muß, selbst wenn er im eigenen Bereich noch außerordentliche Schwierigkeiten des Wiederaufbaues zu überwinden hat.

„Inhaliert" der Norden den Süden, weil die nordvietnamesische Armee im Süden Verwaltungs- und Wirtschaftsfunktionen übernommen hat? Die nordvietnamesische Armee ist eben keine Okkupationsarmee, sie hat sich schon in der vielschichtigen Strategie des Befreiungskampfes nicht nur mit militärischen Problemen befaßt, son-

dern immer auch mit dem Aufbau neuer Infrastrukturen, mit Verwaltungsaufgaben, der Organisation der Reproduktion in den befreiten Gebieten, der Erziehung und Aufklärung über die strategischen Ziele und taktischen Schritte der Befreiungsbewegung. Sie ist — weil sie allein über Technik, Mobilität und Organisationsvermögen verfügt — das wichtigste zentrale Instrument und derzeit auch das einzige, das die Regierung einsetzen kann, um die dringendsten Aufgaben zu bewältigen: die Wiederherstellung von Straßen, Eisenbahnlinien, Kommunikationssystemen, der Stromversorgung, größere Dammbauten, die Erschließung neuer Gebiete zur landwirtschaftlichen Nutzung.

Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß für viele Vorhaben weitere Arbeitskräfte aus den Großstädten oder den jeweiligen ländlichen Regionen mit herangezogen werden. Sie könnten nur Arbeiten von bescheidenem technischen und organisatorischen Schwierigkeitsgrad leisten.

Heilung der Städte, Heilung der Landschaft, Heilung der Seelen:

Erdbewegung beim Wiederaufbau der zu 100% zerstörten Stadt Vinh *(links [hier: oben])*, Dammreparatur bei Hanoi (unten), Umschulung ehemaliger südvietnamesischer Generäle im Camp Quang Trung (ganz unten)

Armee wird Wirtschaftskörper

Während die anfänglich von der Armee noch ausgeübten Verwaltungsaufgaben mehr und mehr in die Hände von zivilen Selbstverwaltungsgremien der inzwischen vergrößerten bzw. neu gebildeten Provinzen und ihrer Untereinheiten gelegt werden, wird die Armee ihre Bedeutung für den wirtschaftlichen und infrastrukturellen Aufbau noch lange behalten. Dies kommt auch in einem neuen Gesetz Hanois zum Ausdruck, das die enge Kooperation zwischen dem Verteidigungsministerium und dem Ministerium für Wirtschaftlichen Aufbau festlegt *(Far Eastern Economic Review,* 21. Mai 1976).

Die wirklichen Probleme der *Sozialistischen Republik Vietnam* liegen denn auch heute nicht mehr in der Frage der Wiedervereinigung, sondern in der ökonomischen Entwicklung. Die Zielrichtung ist eindeutig. Es geht darum, die wirtschaftliche Abhängigkeit Vietnams vom Ausland aufzuheben und die notwendigen Außenhandelsbeziehungen kontrolliert für die Entwicklung des eigenen Landes einzusetzen.

Zwei Prioritäten sind erkennbar: Ausbau der Landwirtschaft, damit eine krisensichere und ausreichende Eigenversorgung mit Lebensmitteln erreicht werden kann; darüber hinaus Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit den wichtigsten Konsumgütern. Doch hinter diesen Prioritäten steht das weiterreichende Ziel des industriellen Aufbaues des ganzen Landes, das auch bei der Bewältigung der vordringlichen Aufgaben nicht aus dem Auge verloren wird.

Um die Landwirtschaft zu entwickeln, muß einerseits zerstörtes Land rekultiviert und bisher nicht genutztes Land erschlossen werden; auch ist eine Erhöhung der Bodenerträge unabdingbar. Möglich ist dies nur, wenn ein großer Teil der gegenwärtigen Stadtbevölkerung auf das Land zurückkehrt. Bisher hat freilich die Umsiedlungskampagne im Süden, die beträchtliche staatliche Hilfen in Form von Landzuweisung und reichlicher Ausstattung mit Saatgut und Düngemitteln in Aussicht stellt, nur relativ bescheidene Erfolge gezeitigt: erst 500.000 konnten rückgesiedelt werden. Es hängt auch damit zusammen, daß das Leben in den zu rekultivierenden Regionen trotz staatlicher Hilfsangebote sehr schwer ist.

Dennoch ist weitere Rücksiedelung aus zwei Gründen zu erwarten: Einmal wegen der Arbeitslosigkeit in den Großstädten angesichts fehlender Industriebetriebe, und dann wegen der immer weniger gefragten Dienstleistungen. Das Leben auf dem Lande wird nach der Entmachtung der Großgrundbesitzer zunehmend attraktiver, wenn die Arbeit durch die Lieferung von Zugvieh und Arbeitsgerät erleichtert werden kann.

Trotz Autonomie ...

Hier sieht die nordvietnamesische Industrie ihre zentrale Aufgabe: Produktionsmittel, Kunstdünger und die infrastrukturellen Voraussetzungen für die verbesserte und gesteigerte landwirtschaftliche Produktion zur Verfügung zu stellen. Man beschafft also die Produktionsmittel nicht über Verkäufe auf dem Weltmarkt, sondern stellt sie im eigenen Land her.

Dies gilt in Analogie auch für die Konsumgüterindustrie. Auch hier geht es darum, die Produktionsmittel selbst herzustellen, wenngleich diese in

vielen Fällen — wegen der einfacheren Technologie — von geringerer Produktivität sein werden. Das kann jedoch angesichts des großen Arbeitskräftereservoirs hingenommen werden, ja führt sogar (verglichen mit der engen Spezialisierung in anderen unterentwickelten Ländern!) zur Produktion weniger Rohstoffe, zu einer optimalen Nutzung der Arbeitskraft unter den gegebenen Bedingungen.

Doch diese Politik der autonomen Entwicklung kann, denkt man an die Erwartungen, die sich nach dem dreißigjährigen revolutionären Krieg im Norden und im Süden auf den sozialistischen Aufbau richten, nur dann die nötige Intensität und Geschwindigkeit gewinnen, wenn auch alle Möglichkeiten des Weltmarkts ausgenützt werden. Speziell dort, wo es um die Errichtung von Grundindustrien geht, die wiederum die Voraussetzung für die Eigenherstellung von Produktionsmitteln bilden. Hier wollen die vietnamesischen Planer offensichtlich gleich einen großen Schritt machen und zu einer „sozialistischen Großproduktion“ übergehen, was aber ohne ausländische Lieferungen nicht bewerkstelligt werden kann.

… Geschäft mit dem Auslandskapital

Hier ist auch die Ursache für das US-Embargo gegenüber Vietnam und für die ständige Verweigerung der in Paris 1973 vereinbarten Reparationsleistungen zu suchen. Washington hofft, auf diese Weise den schnellen Wiederaufbau des Landes verhindern zu können, und rechnet möglicherweise auch damit, daß wirtschaftliche Schwierigkeiten zu inneren Konflikten führen, die dem „Modell Vietnam“ seine Attraktivität für andere Völker Südostasiens rauben würden.

Doch diese Politik der wirtschaftlichen Pression greift, wie die früheren Strategien Washingtons, zu kurz. Zum einen fürchtet die Öl-Lobby in den USA, daß die anscheinend doch sehr umfangreichen Ölvorkommen in und vor Vietnam dann von Konkurrenten ausgebeutet werden könnten und übt deshalb einen Druck gegen die Embargopolitik aus. Zum anderen kann Hanoi auf die Exportinteressen der anderen westlichen Industriestaaten bauen, die wohl zu Recht in dem 45-Millionen-Volk einen wichtigen zukünftigen Wirtschaftsteilnehmer sehen. So hat vor allem Japan deutlich seine Kooperationsbereitschaft gegenüber Vietnam zu erkennen gegeben: durch Zahlung von Kriegsentschädigung (Zweiter Weltkrieg!), umfangreiche Kreditangebote u.a.m. So wie die Befreiungsbewegung immer eine vielschichtige, auch scheinbar zweitrangige Momente mit berücksichtigende Strategie verfolgt hat, beschränkt sich Hanoi jetzt auch nicht auf einen Handelspartner, sondern sucht alle Quellen für den eigenen unabhängigen Aufbau zu nutzen. Es hat deshalb in den vergangenen Monaten eine Fülle von Handels- und Zahlungsverträgen in Ost und West abgeschlossen, hat seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der *Asiatischen Entwicklungsbank* bekundet, um Unterstützung durch die UN-Organisationen nachgesucht und auch die Beziehungen zu den Unterstützungsorganisationen in vielen Ländern entwickelt.

Schaukelpolitik zwischen China & SU

Diese vielfältigen Kontakte sind eingebettet in eine außenpolitische Grundhaltung, die einerseits stets die Eigenständigkeit und Unabhängigkeit unterstreicht, sich andererseits aber deutlich im Zusammenhang mit weltrevolutionären Veränderungen begreift (die Befreiung Vietnams selbst als wichtige Etappe). Das drückt sich in der in offiziellen Verlautbarungen häufig wiederkehrenden Formel von den „drei revolutionären Strömungen in der Welt“ aus — etwa im laotisch-vietnamesischen Kommuniqué vom Februar 1976: „Die geballte Kraft der drei Strömungen bestimmt den Hauptinhalt und die Hauptrichtung der Epoche. Sie verändert das Kräfteverhältnis in der Welt zu Gunsten der revolutionären Sache der Völker.“ Eine Komponente der drei bilden die Befreiungsbewegungen, nicht zuletzt die vietnamesische.

Damit ist auch die unabhängige Position gegnüber der UdSSR und der VR China unterstrichen. Die in dieser Formel enthaltene Forderung zur Stärkung der internationalen Solidarität deutet gleichzeitig an, daß Vietnam auch weiterhin beansprucht, zu beiden sozialistischen Großmächten gleichgewichtige Beziehungen zu unterhalten. Welche Handlungsfreiheit Hanoi dabei für sich beansprucht, wurde 1975 im Angola-Konflikt sichtbar, als es sich ohne Abstriche und im Gegensatz zu China auf die Seite der MPLA stellte.

Die Entwicklungsstrategie Vietnams wird nicht nur globalpolitisch abgesichert, sondern auch durch eine sehr dezidierte Regionalpolitik; es ist offensichtlich, daß ein autonomes sozialistisches Entwicklungsmodell sich in der Regel nicht ausschließlich auf das eigene Land stützen kann. Für Vietnams Regionalpolitik sind zwei Gesichtspunkte maßgebend: einmal die „unverbrüchliche Solidarität der brüderlichen Nachbarvölker“ Vietnam, Laos und Kambodscha, die der Kampf gegen den gemeinsamen Gegner seit langem verbindet. Hanoi sieht hierin den eigentlichen Kern seiner Regionalpolitik, auch als revolutionäre Basis für die noch abhängigen südostasiatischen Völker.

Diese Länder Südostasiens — und darauf bezieht sich der zweite Aspekt — werden andererseits als langfristige Kooperationspartner betrachtet, vorausgesetzt sie können sich von den „ultrarechten Kräften“ befreien, die sie weiterhin in neokolonialistischer Abhängigkeit von den USA halten wollen.

In diesem Zusammenhang greifen die Vietnamesen *Fords* „Pazifische Doktrin“ an, die nur eine Neuauflage der *Nixon*-Doktrin sei und dazu diene, eine Abwehrfront gegen die revolutionären Kräfte in der Region zu errichten. Thailand ist dabei besonderes Angriffsziel, weil es als ein Zentrum konterrevolutionärer Aktivitäten angesehen wird.

Den Kräften und Völkern, die sich auf den Weg der Unabhängigkeit, der Bündnisfreiheit von dem antikommunistischen ASEAN-Pakt (Assoziation südostasiatischer Nationen, 1967 gegründet und jüngst reaktiviert) und der regionalen Kooperation begeben,

bietet Vietnam freundschaftliche Beziehungen an. Doch bis dahin ist es ein weiter Weg. Mit den jetzigen ASEAN-Staaten will Hanoi Beziehungen auf der Ebene der bekannten fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz entwickeln. Diese Politik mag zunächst widersprüchlich erscheinen; sie gewinnt erst Konsistenz, wenn man sich die durch den erfolgreichen Befreiungskampf bestätigte prinzipielle Einschätzung vor Augen hält, daß die nationale und soziale Befreiung nur von den unterdrückten Klassen der unterentwickelten Länder selbst, nicht aber von außen geleitet werden kann.

Blumenmarkt am Jahrestag der Befreiung in Hanoi

Bürokratisierung?

Ob und wie die global- und regionalpolitischen Intentionen wirksam werden, hängt nicht zuletzt davon ab, ob es der Sozialistischen Republik Vietnam gelingt, ihre gegenwärtigen Probleme unter Erhaltung der kreativen Kräfte zu lösen. Dies ist angesichts der sozioökonomischen Ausgangslage keineswegs selbstverständlich. Äußerungen vietnamesischer Politiker lassen denn auch das Bewußtsein erkennen, daß unter diesen schwierigen Bedingungen demokratische Entwicklungsansätze von Tendenzen zur Bürokratisierung zurückgedrängt werden können.

Überlegungen dieser Art haben in jüngster Zeit zu einer Überprüfung der Organisation und des Managements in der Produktion geführt. „Volksinspektoren“ sollen von der arbeitenden Bevölkerung gewählt werden, um auf der „Graswurzelebene“ eine lokale demokratische Vertretung zu schaffen.

Freilich ist damit nicht schon das zentrale Problem aller unterentwickelten Gesellschaften gelöst, wie die ungeheuren Anstrengungen und Opfer im Verlauf des Entwicklungsprozesses mit der Etablierung demokratischer Strukturen verknüpft werden können und wie dabei bürokratische Deformation zu vermeiden ist. Die freimütige Diskussion des Problems, der behutsame Umgang mit den politischen Gegnern und der Verzicht auf Zwang selbst in der drängenden Frage der Rücksiedelung der Stadtbevölkerung aufs Land und schließlich der Vorschlag zur Wahl von Volksinspektoren — all das zeigt, daß in der Sozialistischen Republik Vietnam nach Wegen gesucht wird, Freiheit des Individuums und kollektive Entwicklungsanstrengung zur Deckung zu bringen. Wird Vietnam auch dabei zum Exempel?

Lizenz dieses Beitrags
Copyright
© Copyright liegt beim Autor / bei der Autorin des Artikels